Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., ausschließlich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 40 mm breite Nonpareillezeile 25 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederl. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 116 | Dresden, Donnerstag, den 21. Mai 1931 | 42. Jahrgang

Drohende Gewitter

Dem Ansturm der Sozialreaktion setzen die Gewerkschaften ihre Kraft entgegen

Wie ein unheilvolles Gewitter droht die Sozialabbau-Notverordnung am Horizont. Das Sanierungsgewitter kommt. Es wird die schwüle Atmosphäre der Ungewißheit wegfegen. Gewitter können aber auch fürchterliche Verwüstungen anrichten. Besonders bedenklich wären solche Verwüstungen beim Arbeitslosenschutz. Nach allem, was man hört, soll seine Neufinanzierung in erster Linie durch Abbaumaßnahmen herbeigeführt werden. Die freien Gewerkschaften haben wiederholt auf die mit den ruchbar gewordenen Abbauplänen verbundenen ernsten Gefahren hingewiesen. Wiederholt haben sie den Nachweis geführt, daß eine Aushöhlung des Arbeitslosenschutzes durch Einführung von Gefahrenklassen, Verlängerung der Wartezeit, Abbau der Leistung durch Kürzung der Unterstützungsdauer und dgl. alles andere als eine Lösung des Arbeitslosenproblems darstellt. Die freien Gewerkschaften treiben jedoch nicht nur negative Kritik.

Sie zeigen einen Weg aus den Schwierigkeiten

Im Auftrage des ADGB. legt Dr. Bruno Broecker folgendes dar:

Die Sanierung der Arbeitslosenunterstützung kann in der Arbeitslosenversicherung ausschließlich von der Einnahmeseite her erfolgen. **In der Krisenfürsorge und kommunalen Fürsorge bedingt die Reform eine organisatorische Zusammenlegung, eine Neugestaltung der Leistungen und auch hier wiederum eine Neuordnung der Mittelaufbringung.** Die Reichsanstalt ist zur Zeit nicht in der Lage, die Beitragsbemessung von 6½ Prozent voll auszuschöpfen. Die Begrenzung des beitragspflichtigen Einkommens auf wöchentlich 70 M. oder (bei Angestellten) auf monatlich 300 M. ist heute nicht mehr gerechtfertigt. In der gegenwärtigen ernsten Situation kann die Forderung aufgestellt werden, daß alle Arbeitnehmer bis hinauf zum höchsten Einkommen des Generaldirektors entsprechend ihres tatsächlichen Verdienstes zu Beiträgen herangezogen werden. **Diese Heranziehung aller nach ihrem tatsächlichen Einkommen würde 100 Millionen Mark Mehreinnahmen bringen.**

Eine weitere Sanierungsmöglichkeit besteht in der Heranziehung aller Gruppen landwirtschaftlich Tätigen und höher Besoldeten zur Versicherungspflicht. Eine dritte Möglichkeit liegt in einer **Steigerung der Beiträge.** Die deutsche Arbeitnehmerschaft werde, wenn sie vor die Alternative gestellt sei, zu wählen zwischen Abbau einer heute so lebenswichtigen Einrichtung wie der Arbeitslosenversicherung auf der einen Seite und einer geringen weiteren Erhöhung des Beitrags auf der anderen Seite — eine Alternative, die allerdings einer Repressalie gleichkomme — sich bestimmt für die letztere Möglichkeit entscheiden. Die Grenze des Sozialbetrags sei nicht theoretisch bei irgendeinem Prozentsatz des Einkommens zu ziehen, sie müsse sich orientieren an den zwingenden Erfordernissen einer bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Situation.

Die Reichsanstalt schätzt das durchschnittliche Beitragsaufkommen für 1 Prozent pro Monat und Kopf des Beitragszahlers auf 1,42 M. Unter der Voraussetzung, daß eine Beitragserhöhung um 1 Prozent am 1. Juni in Kraft tritt, also noch 10 Monate im Rechnungsjahr 1931 durchgeführt wird, ergibt sich eine Mehreinnahme von 14,20 M. auf den Kopf der Beitragszahler, d. h. bei einer Durchschnittszahl von 13 Millionen Beitragszahler

eine Gesamtmehreinnahme von 184,6 Millionen Mark

Mit den Mehreinnahmen aus den drei von Broecker gemachten Vorschlägen könnte das geschätzte Defizit der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden. Es bleibt dann aber immer noch das Finanzproblem der Krisenfürsorge und der kommunalen Fürsorge. Broecker betont, daß sich auf dem kommunalen Konto ein Fehlbetrag von rund 400 Millionen Mark und auf dem der Krisenfürsorge ein Fehlbetrag von im Mittel etwa 160 Millionen Mark ergebe.

Entschluß zu Opfern!

Die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung in der Krisenfürsorge und der kommunalen Fürsorge, die nach dem Vorschlag der Gewerkschaften und der Kommunalverbände auf dem Weg einer organisatorischen Zusammenlegung der beiden Unterstützungseinrichtungen erfolgen soll, ist infolge der weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage außerordentlich schwierig geworden. **Eine Lösung dieses Problems ist** — Broecker hebt das mit besonderem Nachdruck hervor — **nur dann möglich, wenn die gesamte Oeffentlichkeit sich der ungeheuren Verantwortung, die sie gegenüber den Millionen von Arbeitslosen ohne Versicherungsanspruch trägt, bewußt und bereit ist, aus der Erkenntnis der Notlage den „Entschluß zu schwersten persönlichen Opfern" aufzubringen.**

*

Und nun ist zu fordern, daß der von den freien Gewerkschaften gewiesene Weg zur Sanierung der Arbeitslosenversorgung Beachtung findet. Oder soll etwa auch in der Frage des Sozialabbaues ähnlich wie bei dem Lohnabbau die Stimme der Gewerkschaften von den Verantwortlichen in den Wind geschlagen werden? Dann muß schärfere Sprache gesprochen werden!

Die geschichtliche Lage der Sozialdemokratie

Von Anton Erkelenz

Der inner- und außenpolitische Fortschritt der deutschen Nation hängt heute mehr als je an der Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Schichten, die die Träger des liberalen Fortschrittsgedankens sein müßten, sind in die Reaktion geflüchtet und lassen sich als deren Helfershelfer ausnutzen. Die ganze Wut aller Reaktionäre in der Außenpolitik, im Innern in der Kulturpolitik, der Sozialpolitik, der Handelspolitik richtet sich gegen die Sozialdemokratie. Der Marxismus ist an allem schuld, und als „Marxisten" in diesem Sinne gelten den Reaktionären alle diejenigen, die sich nicht mit Herz und Hand für das Hell-Dunkel nationalsozialistischer oder deutschnationaler Reaktion erklären. In seinem bekannten Buch klagt Herr Schacht selbst Herrn Brüning des Marxismus an. Auch Herr Luther und Herr Dietrich sind für ihn nichts weiter als Werkzeuge des Marxismus.

Wer soll in Deutschland der Träger einer Politik europäischer Zusammenarbeit sein, wenn nicht die Sozialdemokratie? Wenn man die deutsche Presse liest, mit Ausnahme ganz weniger demokratischer Blätter, dann hat man den Eindruck, sie hätte keine dringendere Aufgabe, als einen neuen Krieg vorzubereiten. Dabei wissen neun Zehntel der Schreiber dieser Artikel, daß sie leeres Stroh dreschen. Aber die europäische Lage ist wieder einmal so gründlich verfahren, daß diese leere Rederei als eine heroische Tat erscheinen kann. Wer soll die zerrissenen Fäden wieder anknüpfen? Wer soll Europa wieder aus dem Narrenstadium herausführen, in dem wir uns augenblicklich befinden? Wer soll die europäischen Probleme einer wirklichen Lösung entgegenführen, die Einheit der deutschen Nation schaffen, ohne damit die Gegnerschaft anderer Völker auf die Spitze zu treiben? Niemand anders kann diese Aufgaben lösen als die Sozialdemokratie, gemeinsam mit ihren Bruderparteien in den andern Ländern.

Genau so liegt es auf handelspolitischem Gebiet. Die engsten Gesichtspunkte engster Interessen-

Dressur der Putscharmee

Militärische Durchbildung der Nazis

B. **München**, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Unter dem Motto **„Treue zum Führer"** hat Hitler zur Förderung der Sicherung seiner unumschränkten Herrschaft innerhalb der Nazipartei eine sogenannte **„Reichsführerschule"** eingerichtet, die am 7. Juni mit dem **ersten Lehrgang** eröffnet werden soll. Ihr Sitz ist das Drechsel-Palais neben dem Braunen Palazzo, das Hitler vor kurzem um eine halbe Million Mark von der Witwe eines Papierfabrikanten erworben hat.

Ueber den Sinn und den Zweck der Führerschule hat Hitler eigens eine Denkschrift verfaßt, in der es heißt, daß die Nationalsozialisten sich einen

ausgebildeten Stamm von Unter- und Oberführern

sichern müssen, der die „unerschütterliche Einheit der Partei garantiert". **An jedem Lehrgang**, der sich vom 1. bis zum 4. Sonntag jedes Monats erstreckt, nehmen zunächst zwei Trupps von je 30 Leuten teil. Als Höchststärke sind für später Stürme von etwa 150 Mann vorgesehen. Als Schüler kommen nur Leute in Betracht, die heute schon höhere Führer sind oder in führender Stellung sich befinden oder bei bestimmten Gelegenheiten Führereigenschaften gezeigt haben. Die Auswahl treffen die örtlichen Parteiorganisationen, die auch für die Kosten aufzukommen haben. An der Spitze der Lehrkräfte steht Hitler selbst, der sich vorbehalten hat, unter Heranziehung von selbst ausgewählten Mitarbeitern den Kursusteilnehmern **„die weltanschaulich-geistige Schulung beizubringen"**. Dadurch soll den Schülern, die späterhin zu bevorzugten Führerstellungen aufrücken, die Auszeichnung zuteil werden, „vor allem unserem Führer näherzukommen". Hitler will damit offenbar erreichen,

diese Leute zu einem besonderen Treueverhältnis auf seine Person zu verpflichten,

um Meutereien nach dem Muster von Stennes möglichst vorzubeugen. Der andere Teil des Lehrkörpers besteht im wesentlichen aus ehemaligen Offizieren, die die praktische (mechanisch-körperliche) Schulung der Kursusteilnehmer, also die Kriegsausbildung, durchzuführen haben. Diese Schulung besteht in der **„Pflege der soldatischen Eigenschaften als Grundlage zum Führer"**, in der Lehre der SA.-Aufgaben, **im formalen Dienst (Appell, Auftreten vor der Front, Meldung und Befehlstechnik)** und schließlich in der körperlichen Ausbildung nach den Gesichtspunkten des **„Wehrsports"**. Unter den Zeichen dieser Schulung wird besonders genannt:

„Ueberwinden des inneren Schweinehundes",

eine Ausdrucksweise, die unverkennbar aus dem Sprachschatz des sogenannten Stabschefs Röhm stammt.

Der Tagesdienst der Schüler ist folgendermaßen eingeteilt: eine Stunde körperliche Ertüchtigung, Uebungen (exerzieren), eine Stunde Körperpflege und Stubenordnung, **eine Stunde Unterricht über SA.-Aufgaben, zwei Stunden weltanschauliche Schulung; nachmittags drei Stunden körperliche Ertüchtigung und sportliche Uebungen; abends SA.-Dienst (Saalschutz und Wachtdienst im Braunen Haus).** Der Vormittagsdienst findet im Gebäude oder auf dem Uebungsplatz der Führerschule statt, der Nachmittagsdienst im Gelände innerhalb der Stadt, auf einem für diesen besonderen Zweck gedachten Platz oder mitten im Gelände. Zwei Abende des Lehrganges sind der Veranstaltung eines Sturmabends in Verbindung mit der Münchner SA. vorbehalten, also

ein vollkommen militärischer Drill.

Als Endzweck der Reichsführerschule wird bezeichnet: **„Sie stellt die engste Verbindung zwischen unserem Führer und der kämpfenden Front dar und will das Rückgrat der Bewegung, das Führerkorps, in unerschütterlicher Treue zum Führer erziehen".** Als Führer der Schule zeichnet gegenwärtig ein bis heute in der Oeffentlichkeit nicht hervorgetretener Mann namens Kühme. Außerdem hat Hitler seine zentralistische Organisation durch die Schaffung eines Personalamts ausgebaut und zu dessen Chef den Reichstagsabgeordneten und Hauptmann a. D. Loeper ernannt. Seine erste Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut: **„Alle SA.-Führer bis zum Sturmführer einschließlich, desgleichen Gauleiter und stellvertretende Gauleiter werden hinfort nur noch durch den Führer der Bewegung auf Vorschlag des Personalamts ernannt und können daher auch nur durch diesen wieder abgesetzt werden.** Soweit solche Ernennungen noch nicht bislang in obiger Weise erfolgt sind, haben sich die Inhaber solcher Stellen nur als vorläufig beauftragt zu betrachten. Die Ernennungen der SA.-Führer werden laufend im SA.-Verordnungsblatt bekannt gegeben. Außerdem wird jedem vom Führer ernannten SA.-Führer ein Patent seiner Dienststellung ausgefertigt."

*

Diese Einrichtungen der NSDAP. bestätigen erneut die Tatsache, daß diese Partei eine Militärpartei ist. Ihr ganzer Parteiapparat ist militärisch aufgezogen. An der Spitze der Feldmarschall, der allein die Generale, Majore, Hauptleute, Feldwebel und Unteroffiziere ernennt. Absoluter Gehorsam gegen die Führer, Treue dem obersten Kriegsherrn ist höchster Befehl. Uniformierung der ganzen Front, militärischer Aufmarsch, Exerzieren, Felddienstübung, Geländemanöver, Sturmalarm — alles wie beim Militär und bei der Faschistenmiliz Mussolinis. Das italienische Beispiel wird treu kopiert. Durch die neue Kriegsschule Hitlers in München wird der faschistische Bürgerkriegsmilitarismus im Innern vereinheitlicht und systematisch gestärkt.

Und die gemütliche demokratische Republik sieht ruhig zu, wie das Drillen und Einexerzieren der Putscharmee bis zur Vollendung durchgeführt wird — weil ja Hitler jeden Monat einmal schwört, sein Bürgerkriegsspiel sei „legal", „völlig legal", „von Grund aus legal".

Was wird nun werden ...?

Notruf der Länder und Gemeinden

D. **Berlin**, 21. Mai. (Eig. Funk.) Am Mittwoch hat in Berlin eine Konferenz der Finanzminister der Länder stattgefunden. Dabei spielte die Frage, ob die bevorstehende Notverordnung der Reichsregierung sich im wesentlichen auf eine Sanierung der Reichsfinanzen beschränken dürfe, eine große Rolle. Wie wir hören, haben die Finanzminister der Länder sich darauf geeinigt, gemeinsam bei der Reichsregierung dahin Vorstellungen zu erheben, daß in der Notverordnung auch an die Finanzen der Länder und Gemeinden gedacht werde. Die Länder machen geltend, daß ein großer Teil der Krisenlast auf dem Wege über die Gemeinden durch die Länderverwaltungen getragen werden müsse.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310521/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG